

TEXTE GEGEN DEN WISSENSCHAFTSBETRIEB

- 01 **Germany's Next Topuni**
Mit der neuen Elite die Welt erobern
- 07 **Warum Studiengebühren zwar dein Studium,
aber nicht deine Zukunft verändern**
- 14 **Wahrheit gibt's nicht – das kann doch wohl nicht wahr sein!**
Eine Kritik des universitären Relativismus



Jimmy Boyle

GERMANY'S NEXT TOPUNI

– MIT DER NEUEN ELITE DIE WELT EROBERN –

Es ist kein Geheimnis, dass der bundesdeutsche Staat seinen Hochschulen eine prinzipielle Reform verordnet hat. Es ist auch kein Geheimnis, dass eine solche Reform Ausdruck einer ganz schön grundsätzlichen Unzufriedenheit ist. Die Politik ist von den Ergebnissen ihres Bildungssystems nicht begeistert und propagiert daher als Gegenmaßnahme etwas, das noch vor wenigen Jahren einen Sturm der Entrüstung unter Studierenden, deren Vertretungen und der politischen Opposition ausgelöst hätte: Elite. Es fehlt offensichtlich an *richtig* guten Leuten, die an *richtig* guten Universitäten ihr Können unter Beweis stellen dürfen. Die Situation an bundesdeutschen Hochschulen spiegelte bislang nach Meinung der Politik den Zustand in der BRD nur allzu getreu wider: Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen hingen in der Hängematte rum, ProfessorInnen und StudentInnen machten es ihnen an dafür viel zu teuren Institutionen nach. Eine Lektion, die jeder Mensch, der in dieser Wirtschaft lebt, zur Genüge kennt, soll jetzt auch den Hochschulen Beine machen. Gegen zu wenig Eigenleistung hilft der Anreiz zu mehr Leistung, den die Politik – ganz wie im echten Geschäftsleben – durch Konkurrenz um die Geldtöpfe installieren möchte. Universitäten und mit ihnen ihre Angestellten und StudentInnen sollen gegeneinander konkurrieren. Mit der Gleichung *mehr Konkurrenz = mehr Leistung* will die Politik das deutsche Hochschulwesen dahin katapultieren, wo es eigentlich eh schon immer hingehörte: an die internationale Spitze. Die Hoffnung auf Harvard in Deutschland und viele zukünftige NobelpreisträgerInnen deutscher Provenienz verdankt sich keineswegs dem Wunsch die Menschheit mit hilfreichem Wissen zu versorgen, sondern handfesten wirtschaftlichen Interessen. Die Reformen der vergangenen Jahre – von der Steuer bis Hartz IV – waren alle motiviert dadurch, dass man glaubte, Deutschland einen besseren Platz in der internationalen Konkurrenz der Wirtschaftsmächte sichern zu müssen. Die Hochschulreform macht da keine Ausnahme. Auch sie soll dem deutschen Wirtschaftswachstum dienen. Wie das funktionieren soll und welche Folgen Maßnahmen wie die Einführung von Exzellenzinitiativen haben, kommt jetzt.

1. AKT: DRITTMITTEL

Lange Zeit galt das Prinzip, dass die Wissensproduktion möglichst unbehelligt von Geldsorgen stattzufinden habe, da nur so gewährleistet sei, dass sich WissenschaftlerInnen auf ihre Forschungen konzentrieren könnten. Dieses Prinzip, der Staat stellt seinen Hochschulen Geldmittel zur Verfügung, die sie dann relativ frei nach Fakultäten und Instituten aufgeteilt ausgeben können, wurde zunächst mit der Einführung von Drittmitteln aufgeweicht. Zusätzliche Mittel aus der freien Wirtschaft sollten die relativ teure Wissensproduktion in Forschungsbereichen garantieren, deren Finanzierung über Haushaltsgelder sonst nicht zustande gekommen wäre. Wer sich dann Gelder für seine Forschung außerhalb der obligatorischen Haushaltstöpfle organisieren konnte, galt ziemlich schnell als erfolgreicherer Wissenschaftler. Immerhin konnte dieser Wissenschaftler seinem außeruniversitären Geldgeber klarmachen, dass seine Forschungen mehr Praxisnähe aufwiesen oder wie auch immer irgendwie relevant seien. Schon die Einführung von Drittmitteln hat die Hochschulen bereits ordentlich umgekrempelt. Hochschulstandorte mit millionenschweren Sonderforschungsbereichen, die von der Deutschen Forschungsgesellschaft finanziert werden oder mit Graduiertenkollegs, die so klangvolle Namen tragen wie „Kulturhermeneutik im Zeichen von Differenz und Transdifferenz“ zogen den Neid anderer Hochschulen auf sich. Für das Renommee von WissenschaftlerInnen wurde es plötzlich wichtig, an solchen Projekten mitzuarbeiten oder noch besser, sie überhaupt einzuwerben. Die Teilnahme an derartigen Projekten wurde zur Notwendigkeit bei Berufungen auf andere begehrte Stellen. Der Politik jedoch reichten die Bemühungen ihrer vereinzelter WissenschaftlerInnen nicht aus, sondern sie wollte ganz nach am angelsächsischen Vorbild „Leuchttürme der Bildung“ einführen; Zentren, die es mit Princeton oder Oxbridge aufnehmen können. Dafür steht die Idee der Eliteuni. Das soll so gehen:

EXZELLENTEN KRÖTEN

Der Staat stellt zusätzliche Mittel in Form eines Geldtopfes zur Verfügung. Doch anstatt diese Gelder breit zu streuen, lässt er die Universitäten, die auch vorher schon um Fördermittel und Studierende

stritten, um diese neuen Gelder konkurrieren. Drei neue Förderlinien (Graduiertenschule, Exzellenzcluster, Zukunftskonzepte) sollen den Kampf um die Eliteplätze unter den Universitäten Deutschlands einleiten. Die Graduiertenschulen dienen der Ausbildung von DoktorandInnen, Exzellenzcluster stellen die wissenschaftliche Forschung von 25 gemeinsam arbeitenden WissenschaftlerInnen zu einem Themenkomplex gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Relevanz dar. Bei den Zukunftskonzepten dagegen handelt es sich um die langfristige Planung der Forschung einer Universität. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass eine Universität mindestens einmal in beiden erstgenannten Kategorien erfolgreich war. Zusätzlich zu diesen neuen Förderlinien werden noch einige Sonderregeln wie beispielsweise die leistungsbezogene ProfessorInnenbezahlung eingeführt. Die Hochschulen nehmen diese Angebote ernst und eröffnen bereitwillig den Kampf um den Status der Eliteuniversität. Die neue staatliche Hochschuloffensive glaubt schwer an die Gleichung *mehr Konkurrenz = mehr Leistung*. Indem sie den Wettbewerb unter den Hochschulen an dasjenige knüpft, wovon die Forschung immer zu wenig hat, nämlich an Geld, hofft sie, die gewünschten Ergebnisse herbei zu regieren. Der Leistungsdruck, der dabei entsteht, aber ja auch von allen Beteiligten gewollt ist, bleibt jedoch nicht auf die Forschung beschränkt. Auch Studierende müssen sich zukünftig fragen lassen, was sie für ihre Hochschulen zu leisten bereit sind: materiell und im Sinne der Aufwendung von Lebenszeit.

VORBEI MIT DEM SCHÖNEN LEBEN

Neben und mit der Förderung von Eliteuniversitäten und der Einführung von Studiengebühren forciert der Staat mit dem auf europäischer Ebene beschlossenen Bologna-Prozess einige zusätzliche Härten für Studierende. Zunächst müssen die dem Anspruch nach international anerkannten neuen Abschlüsse Bachelor und Master her. Deutschland will genauso schnell und kostengünstig wie der Rest der Welt den Arbeitsmarkt mit BachelorabsolventInnen bedienen. Nicht mehr neun oder zehn Semester sollen StudentInnen „bummeln“, sondern nach sechs Semestern ihren akademischen Grad erhalten und damit genauso schnell wie Briten und Amerikaner ihren zukünftigen Arbeitgebern dienstbar sein. Die Universitäten wiederum, nicht nur weil sie von Staats wegen verpflichtet werden, sondern auch weil sie

die Zielvorgaben durchaus teilen, machen sich bereitwillig an die Umsetzung eines kurzen Studiums und straffen die Lehre. Den BachelorstudentInnen wird in kürzerer Zeit nur bestimmtes Wissen, das als ausreichend definiert wird, vermittelt. Die Fähigkeit zukünftig eigenständig weiter zu denken oder zu forschen, bleibt dabei ein wenig auf der Strecke. Das wird bewusst in Kauf genommen. Alles andere wäre Verschwendung von Ressourcen. Nur 20% der AbsolventInnen sollen dann überhaupt noch den Zugang zur nächsten Stufe der Hochschulbildung, dem in der Regel vier Semester dauernden Master, und somit zur Berufstätigkeit als WissenschaftlerIn oder Führungskraft in der Wirtschaft gewährt werden.

Durch die Schaffung von Eliteuniversitäten und der Einführung internationaler Vergleichbarkeit der akademischen Abschlüsse bezweckt der Staat mehrere Ziele. Mit der Vergleichbarkeit der Abschlüsse will er gemeinsam mit den anderen EU-Staaten einen gemeinsamen europäischen Bildungsmarkt schaffen, der seinen nationalen Kapitalien als größere Zugriffsmöglichkeit auf Wissen und Personal dienen soll. Weiterhin versucht er damit führende WissenschaftlerInnen aus aller Welt anzulocken, um nicht zuletzt – gerade in Verbindung mit der Ermöglichung der Erhebung von Studiengebühren – zahlungskräftige und –willige StudentInnen den Vorteil des Studiums an einem Harvard in Sachsen schmackhaft zu machen.

Die verstärkte Selektion durch Leistungsdruck, Verkürzung der Studienzeit und achtstündiger Arbeitstage an der und für die Uni (*working-load*) soll die Elite unter den besten StudentInnen herausfiltern. Dass dann diejenigen, die zur Elite gehören wollen, auch an eine Eliteuniversität wollen, wird zur logischen Konsequenz. Für die bessere Ausbildung und höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt wird man dann aber natürlich auch verstärkt zur Kasse gebeten, was durch die Einführung von Studiengebühren möglich gemacht wird. Angestrebt ist also ein Hochschulsystem, bei dem man den Platz der jeweiligen Hochschule im Ranking, an den Preisen für das Studium ablesen kann. Dieses Verfahren kann man durchaus elitär finden. Man sollte aber nicht vergessen, dass auch jetzt schon diejenigen, die es überhaupt an die Hochschulen geschafft haben, einen Selektionsprozess durchlaufen haben, der es in sich hatte. Selektiert wurde da mindestens seit der ersten Klasse. Die Klage über zu wenige Arbeiterkinder bleibt uns also auch

im neuen Elitewesen erhalten. Mit manchen Studierenden ist eben kein Staat zu machen, mit anderen hingegen – so die Hoffnung - eine durchaus noch potentere Wirtschaftsnation.

WO BILDUNG DRAUFSTEHT, IST DEUTSCHLAND DRIN

Bei Bildungspolitik geht es nicht um Wissen, sondern um für die Nation verwertbares Wissen in bestimmter Zeit. Wissen ist kein Selbstzweck, sondern dient dem handfesten Interesse des Geldverdienens. Der Staat braucht eine Wissenschaft als Grundlage wirtschaftlicher und natürlich auch militärischer Macht in der internationalen Konkurrenz um den Reichtum der Welt. Jetzt könnte man glauben, so schlecht steht es doch gar nicht um diese Nation. Das Problem ist nur, dass das erstens ein komischer Standpunkt wäre, weil: was hat man davon, dass es Deutschland gut geht? In der Regel nichts. Ein Leben, das sich in den Stationen Schule, Arbeit, Rente, Kiste erschöpft, ist nichts wofür man dankbar sein sollte. Zweitens: Dass Deutschland so schlecht in der internationalen Konkurrenz nicht dasteht, ist nichts, womit sich PolitikerInnen zufrieden geben, deren Arbeit ja genau darin besteht, Deutschland den bestmöglichen Platz in der Konkurrenz herbeizuregieren. Da soll Deutschland nämlich nicht nur eine der führenden Exportnationen und Nummer eins in der EU sein, sondern die Position dauerhaft behalten und ausbauen. Spitzenforschung, die Deutschland in angeblich zukunftssträchtigen Bereichen wie der Gentechnologie, nach vorne bringt, ist ebenso fester Bestandteil der Politik fürs Volk wie das beständige Lohnsenken.

Die Eliteuniversität soll im besonderen Maße dem Zweck nachkommen, exklusives Wissen zu produzieren, also Wissen, das sich vom durchschnittlichen Universitätsbetrieb abhebt. Wissen steht natürlich in Widerspruch zur Exklusivität. Wird ein neues Produkt exportiert, können WissenschaftlerInnen anderer Nationen ziemlich schnell herausfinden, was für ein Wissen hinter dem Produkt steht. Damit aus neuem Wissen ein Kassenschlager für die Nation wird, muss das internationale Patent dazwischen geschoben werden. Das exklusive Recht auf ein Produkt hat natürlich seinen Grund nicht im Wissen, sondern in der staatlichen Macht gegenüber anderen Nationen. Aber die Bedingungen für diese internationalen Konkurrenzmanöver sollen

die Eliteunis liefern, und deshalb sind sie ein einziger Widerspruch zum Ideal, mehr Wissen mache allen Menschen in der Welt das Leben einfacher. Da kann die Wissenschaft sich noch so viel Neutralität einbilden.

Unterhalb des Patents sind Innovationen in den Werkstoffwissenschaften oder dem Maschinenbau gewünscht. Der technische Fortschritt senkt die Produktionskosten, indem mehr, günstiger oder mit weniger ArbeiterInnen hergestellt werden kann. Wissen ist immer dann besonders nützlich, wenn es wirklich nützt – und zwar Deutschland und seinem Wachstum. Zeitlich begrenzte oder durch internationale Patente dauerhaftere Konkurrenzvorteile in bestimmten Produktionssphären durch einen technischen Fortschritt, den andere Nationen noch nicht haben, sind bezweckt, wenn der Staat sich Bildung leistet.

Sollten sich diese Konkurrenzvorteile jedoch nicht einstellen und müssen Staaten um ihr Wachstum bangen, dann werden der Reihe nach alle gesellschaftlichen Bereiche durchgenommen - jeder kriegt da sein Fett ab. Und wenn Elfenbeintürme zu Leuchttürmen werden sollen, könnte vielleicht noch dem letzten Zweifler klar werden, dass die viel beschworene Autonomie der Wissenschaft eben jenen praktischen Nutzen zeitigen sollte: Geldverdienen für Deutschland. Und das, so glaubt man heute, geht am besten mit einer Elite, die sich endlich auch so fühlt, nachdem sie sich an den Universitäten durchgeboxt hat und die erworbenen Schlüsselqualifikation von allzeit ausgefahrenem Ellbogen jederzeit anzuwenden bereit ist. Wen solche Konkurrenzveranstaltungen nicht anmachen, ist herzlich eingeladen, mal bei unseren Seminaren vorbeizuschauen, die sich von denen an der Uni grundlegend unterscheiden. Deutschland ist da jedenfalls nicht drinne.

WARUM STUDIENGEBÜHREN ZWAR DEIN STUDIUM, ABER NICHT DEINE ZUKUNFT VERÄNDERN

Seit das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass ein Verbot allgemeiner Studiengebühren verfassungswidrig sei, ist in zahlreichen Bundesländern die Einführung von Studiengebühren und Studienkontenmodellen beschlossene Sache.

Auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes folgten die obligatorischen, bundesweiten Proteste von immer weniger Studierenden. Der Teil, der bislang kein Problem damit hatte, dass vielen Leuten das Studium faktisch schon immer verwehrt war, bleibt unbeteiligt wie eh und je. Und ein größer werdender Teil arrangiert sich offensichtlich zunehmend mit den Studiengebühren und glänzt auf Vollversammlungen und Aktionen durch Abwesenheit. Studierende, die tatsächlich gegen Studiengebühren protestieren wollen, gibt es kaum noch. Allenfalls bei der konkreten Einführung flammen die Proteste in der einen oder anderen Stadt kurz wieder auf. Die Forderungen der Protestierenden beschränken sich in der Regel auf den vermeintlich hohen Wert „Bildung für alle!“. Dabei vergessen sie geflissentlich, dass die Bildung, die sie meinen, ohnehin bereits jetzt schon die Bildung von einigen wenigen ist, die es überhaupt bis an die Hochschulen geschafft haben. Oder die GegnerInnen der Studiengebühren versuchen ihre kostenlose Ausbildung mit den wertvollen zukünftigen Diensten zu rechtfertigen, die sie für den Standort Deutschland leisten werden, wenn man sie nur lässt. Die BildungspolitikerInnen, also die AdressatInnen all dieser wohlgemeinten studentischen Ratschläge, wollen aber partout nicht auf ihr Reform-Programm verzichten.

WAS KOSTET DIE WELT?

Durch die Studiengebühren will der Staat dafür sorgen, dass der gemeine Student sich einen Fachwechsel sehr stark überlegen und sich um ein zügiges Studium bemühen muss. Für die Prüfungsordnung überflüssige Seminare, am besten noch aus einem benachbarten Studiengang, werden zum Luxus. AbiturientInnen kennen die neuen verdichteten Studienordnungen in der Regel nicht, das Signal „500 Euro“

kommt aber sicher bei ihnen an. Wer noch nicht genau weiß, was er studieren soll, wird sich nicht einfach irgendwo einschreiben und mal ausprobieren, sondern genau überlegen und ggf. jobbend abwarten. Alle Studierenden werden verstärkt die Kalkulation der Wirtschaftlichkeit zur Grundlage ihrer Überlegungen machen, indem sie spekulieren: Könnten sich die Kosten des Studiums lohnen relativ zu den zukünftigen Berufsaussichten?

Mit den Studiengebühren setzen die Länder negative Anreize in die Welt, das Studium gezielter und schneller anzugehen. Die Studierenden sollen sich eine verdichtete wissenschaftliche Ausbildung zum eigenen Anliegen machen. Dass bei dem Konzept „möglichst viel Stoff in wenig Zeit“ das Wissenschaftliche leiden könnte, ist die Sorge der aktuellen Politik nicht. Das war mal anders...

DIE FREIHEIT DER WISSENSCHAFT

Die Bildungsreformen der 60er und 70er Jahre hatten noch eher den Standpunkt eingenommen, dass man für Wissenschaft Muße braucht und man Erkenntnisse nicht erzwingen kann. Das Studium musste auch damals schon finanziert werden, Wohnung, Essen, Bücher etc. Da den BildungspolitikerInnen der Akademikerpool zu klein schien, haben sie das BAföG eingeführt, um mehr Leute an die Unis zu holen. Auch diese Unterstützung war zeitlich begrenzt und sorgte für den entsprechenden Anreiz, schnell fertig zu werden. Für alle Studierenden wurden mit Lohnnebenkostenbefreiung und verbilligtem Krankenkassenbeitrag „unterstützende“ Sonderkonditionen bereitgestellt. Die finanziellen Sorgen, die jeden Normalsterblichen umtreiben, wurden nicht abgestellt, aber doch ein wenig gemildert – seinem Studium sollte man sich widmen können. Wer es an die Uni geschafft hatte, dem wurde zugetraut, dass er den richtigen Grad zwischen allgemeiner Bildung und speziellem Wissen in seinem Studium von alleine fand. Deshalb hat sich die Bildungspolitik nicht weiter einen Kopf um die Länge des Studiums gemacht.

„Freiheit der Wissenschaft“ hieß der Leitfaden der Politik und diese war kein humanistisches Bildungsideal, sind doch das Wissen und die WissenschaftlerInnen in der kapitalistischen Gesellschaft für die Um-

setzung der „frischen Ideen“ auf Instanzen angewiesen, die das nötige Kleingeld haben. Die Wissenschaft sollte möglichst unbehelligt von den Unternehmenskalkulationen gestaltet werden und ihren eigenen Kriterien folgen, damit sich Staat und Kapital hinterher das raussuchen konnten, was ihnen nützte.

Für einen kapitalistischen Betrieb ist die wissenschaftliche Forschung unkalkulierbar. Neues Wissen lässt sich nicht wie eine neue Produktionsanlage mit Kosten und Output planen. Deswegen gibt es Forschungsabteilungen, wie etwa in der Pharmaindustrie, höchstens ergänzend zu der Forschung an der Universität. Auch der Grad an Allgemeinbildung, auf den die Unternehmen für ihre Innovationen angewiesen sind, wird nicht im Betrieb erlernt. Im Gegenteil passen die einzelnen Unternehmen die beschäftigten Arbeitskräfte immer nur ihren jeweiligen, besonderen Produktionsbedingungen an, verhindern also prinzipiell die im Allgemeinen benötigte Flexibilität. Das einzelne Unternehmen hat kein Interesse daran, seine Angestellten so allgemein zu qualifizieren, dass sie auch noch in anderen Betrieben mit anderen Produktionsanlagen arbeiten könnten. Das gilt für den einfachen Arbeiter genauso gut wie für den Ingenieur. Eigene Kosten für die Konkurrenten aufbringen? Das wäre ja glatt das Gegenteil einer lohnenden Investition.

Der Staat organisiert deshalb für das Kapital ein Bildungswesen getrennt von der Produktion, in dem Schreiben, Lesen und Rechnen bis hin zu allgemeinen Kenntnissen der Technik und der Naturwissenschaften vermittelt werden. Ebenso organisiert der Staat für das Kapital eine Berufsausbildung, welche die allgemeinen Arbeitsfähigkeiten mittels Spezialisierung wieder ein wenig reduziert. Übertreiben will der Staat aber weder bei der allgemeinen Bildung noch bei der besonderen Ausbildung. Die Finanzierung von Wissen, das dann am Ende nicht zur Anwendung kommt, hält er für rausgeschmissenes Geld. Also von wegen, es geht in der Schule und an der Universität um Bildung: Diejenigen, die nicht so schnell den Schulstoff in sich rein kriegen, dürfen ja nicht einfach länger lernen als die anderen. Stattdessen werden die SchülerInnen mittels Prüfungen, Noten und unterschiedlichen Schulabschlüssen einem Ausleseprozess unterzogen, an dessen Ende der Ausschluss vieler von der Möglichkeit eines Studiums steht.

MEHR EFFIZIENZ FÜR DEUTSCHLAND GEGEN DEN REST DER WELT

In den letzten zehn Jahren bemühte sich noch jeder Bildungspolitiker, die Universität effizienter zu machen und tat dabei so, als wenn die „Freiheit der Wissenschaft“ eine einzige Fehlplanung gewesen sei. Mit dem gebührenfreien Studium habe man sich lauter LangzeitstudentInnen gezüchtet. Wenn die überhaupt studierten, dann trieben sie sich angeblich in unnützen Seminaren herum und verloren sich in Stilblüten, die keiner brauchte. Die Studierenden lassen sich doch glatt auch mal Zeit, brüten ein ganzes Semester an einem Thema herum, anstatt weiteres Wissen in sich reinzustoßen. Dabei ist doch die hohe Anzahl von Praktika schon während des Studiums ein einziger Ausweis davon, dass die Studierenden die Differenz von Unialltag und Arbeitsplatz bemerken. Diese freiwillige Anpassung an die Erfordernisse der Arbeitswelt während des Studiums scheint den BildungspolitikerInnen aber nicht zu reichen.

Die ganzen Geschichten vom lässigen Studenten sind auch nur der Ausdruck eines ganz anderen Problems, das die Politik seit längerer Zeit umtreibt. Das Wirtschaftswachstum lässt zu wünschen übrig. Mehr als 2% hat man lange nicht mehr gesehen. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Politik kritisch mit den Bedingungen des Wirtschaftswachstums, und da ist die universitäre (Aus-)Bildung eine Abteilung. Vergessen wird daher, dass man mit Hilfe des alten Systems der „Freiheit der Wissenschaft“ Exportweltmeister wurde und die „harte D-Mark“ sein eigen nannte. Heute fragt man sich angesichts der mageren Wachstumszahlen: Wozu braucht man die „Freiheit“, wenn es doch um „Nützlichkeit“ geht – als wenn das je ein Gegensatz gewesen wäre. Mit Hilfe der Studiengebühren sollen die Studierenden auf Trab gebracht werden, damit sie schneller ins Arbeitsleben eintreten und damit dem Kapital länger zur Verfügung stehen. „Humankapital“ für die Standortkonkurrenz, nicht mehr und nicht weniger ist der Zweck der Studiengebühren.

BILDUNG IST KEINE WARE – ACH WAS!

Wenn als Argument gegen Gebühren angeführt wird, dass Bildung keine Ware sei, dann zielt der Appell darauf ab, dass die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen Staatsaufgabe bleiben und sich die Ökonomie da heraushalten solle. Man wünscht sich eine gewisse Zeit nicht mit zusätzlichem finanziellen Druck belastet zu sein, damit man sich besser ausbilden (lassen) kann. Man erhofft sich auf diese Weise später, seine Nützlichkeit auf dem Arbeitsmarkt besser beweisen zu können. Damit geben die GebührengegnerInnen zu, dass sie kein Problem haben, sich für Staat und Kapital ausbilden zu lassen.

Quer dazu steht das Ideal, dass darüber hinaus mit dem Slogan „Bildung ist keine Ware“ transportiert wird: Der Staat solle Bildung ganz uneigennützig allen BürgerInnen zur Verfügung stellen. Der bildungspolitischen Vergangenheit wird dieses Ideal ein bisschen angedichtet. Früher wäre es auch noch nicht erreicht worden, aber immerhin mehr als heute. Die GebührengegnerInnen wollen nicht wahrhaben, dass die Organisation von Allgemeinbildung in Schule und Universität ausschließlich für Staat und Kapital gemacht wird. Deswegen behaupten sie immer einen Gegensatz von Allgemeinbildung und Auslese, der mit der Grundschule beginne und über Numerus Clausus, Bachelor bis hin zum Master nie aufhöre. Dabei gehören sie in der Marktwirtschaft unzertrennlich zusammen.

Auf der anderen Seite übertreiben die GebührengegnerInnen, was die Zukunft angeht. Wenn der Staat Studiengebühren einführt und damit so etwas wie einen Bildungsmarkt simuliert, tut er dies zur Effizienzsteigerung des Ausbildungswesens. Der Staat hat nicht vor, sein Monopol auf die Volksbildung aufzugeben, denn nach wie vor lässt sich durch privates Geschäftsinteresse nicht das Bildungsangebot organisieren, das die Nation braucht. Und mit 500 EUR pro Semester Zahlung durch die Studierenden lässt sich keine Universität wirklich finanzieren.

Das staatliche Jammerlied, dass die Universitäten zu teuer seien, heißt nicht, dass wirklich beabsichtigt wird, direkt Gewinn am Campus zu machen. Es gibt nahezu kein Objekt staatlicher Organisation, welches gewinnbringend ist. Der Staat ist kein Unternehmen, die Politik will

keine Gewinne machen, dies ist die Sache der nationalen Privatwirtschaft. Und die will der Staat fördern, indem er in die Bildung investiert. Allerdings: Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag soll stimmen. Anders als für die Studierenden, die jetzt mit 500 Euro weniger im Halbjahr auskommen müssen (wenn sie damit überhaupt Studieren-bleiben können), gibt es im Hochschulbereich keine ökonomische Notwendigkeit zu Einsparungen. Der Staat beschließt einfach neue Einnahmen (Steuern), wenn er meint, dass sie gebraucht werden. Welcher Studierende kann das schon? Der Staatshaushalt ist ein in Geld gegossenes politisches Programm. Wenn die Politik Verständnis bei den Betroffenen sucht und nur sagt, dass kein Geld da sei, dann kürzt sie ihren politischen Zweck, die Beförderung kapitalistischen Wirtschaftswachstums, einfach heraus. Auch wenn die Studiengebühren quasi wie eine zusätzliche Steuer dem Staat mehr Geld einbringen, ist die Haushaltslage nicht der Grund, sondern ein Nebeneffekt der Einführung. Die Studiengebühren verdanken sich dem standortpolitischen Willen, die Studierenden schneller für den Arbeitsmarkt zuzurichten.

VOM NUTZEN DES PROTESTS

Voller Ideale über die vergangene Bildungspolitik wenden sich die Studierenden mit ihren Forderungen ausgerechnet an die Instanz, die ihnen gerade Beine machen will: die Politik. Sie werfen ihr Versagen vor, wo sie einfach unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen da weiter macht, wo sie herkommt. Versagen lässt die Politik sich gerne vorwerfen, weil sie darin den Willen der Studierenden entdeckt, dass der Staat doch eigentlich eine vernünftige Angelegenheit für sie sei. Ein wenig wird mit den Studierenden auf Podiumsdiskussionen diskutiert und zeitgleich setzt die Politik die Gesetze um, mit denen dann alle Studierenden vor der Wahl stehen: Bezahlen oder Exmatrikulation (bzw. gar nicht erst anfangen dürfen). Diese Machtfrage kommt bei vielen Studierenden an. Sie nehmen die veränderte Situation als neue Bedingung für ihre Überlegungen, wie sie in der Marktwirtschaft ihren Schnitt machen können und beschweren sich höchstens noch über die bürokratischen Umstände, die ihnen das Leben dabei schwer machen.

An vielen Studiengebühr-Protesten kann man sehen, wie gut die Ausbildung zu StaatsbürgerInnen funktioniert. Wenn Studierende:

- sich als GesprächspartnerInnen andienen, die nur in den Dialog mit einbezogen werden wollen und nur deswegen protestieren;
- als einziges Argument gegen Studiengebühren eine geringere Effizienz ihres Studiums durch zusätzliche Erwerbsarbeit anführen können;
- generell nicht viel gegen Studiengebühren hätten, würden diese nur der Universität zufallen und in bessere Ausbildungsmittel gesteckt werden;

So argumentieren sie entsprechend dem Interesse, dass der Staat bereits sowieso an ihnen hat und auch gegen sie durchsetzt: ihrer Nützlichkeit. Zudem verkünden sie damit ihren Anspruch die besseren VerwalterInnen des nationalen Wohls zu sein und bieten als solche ganz ungefragt Vorschläge zur Verschlechterung der Situation der Studierenden an.

Die Aufregung über die Verschlechterung von Studienbedingungen führt nie dazu, sich mal einen Kopf um den Laden zu machen, in dem man sich bewegt. Bei den Protesten will keiner Zeit zum Nachzudenken investieren, weil jetzt Aktion ansteht. Und ist die Verschlechterung umgesetzt, hat man sich schnell dran gewöhnt – Wissen über die Funktion des Universitätsbetriebs für die kapitalistische Gesellschaft wird auch dann für nutzlos befunden. Bis dann die nächste Aufregung kommt, aber dann hat wieder keiner Zeit nachzudenken, von wegen Aktion...

WAHRHEIT GIBT'S NICHT – DAS KANN DOCH WOHL NICHT WAHR SEIN!

– EINE KRITIK DES UNIVERSITÄREN RELATIVISMUS –

DIE BÜRGERLICHEN GEISTESWISSENSCHAFTEN: ZUGLEICH GEGEN WILL- KÜR UND OBJEKTIVITÄT

Neben der Hoffnung auf eine bessere Berufsperspektive spielt das wissenschaftliche Interesse für manche angehenden StudentInnen eine Rolle für den Gang an die Uni und für die besondere Fachauswahl. Das, was man in der Schule gelernt oder sich privat angeeignet hat, reicht einem nicht; man will das Wissen vertiefen, hat offene Fragen, denen man ausführlicher nachgehen will. Die eine hat sich schon immer für Geophysik begeistern können und verknüpft mit ihrem Studium vielleicht auch die Hoffnung, Menschen bei einem Tsunami durch Frühwarnsysteme helfen zu können. Ebenso der Antifaschist, der sich von dem Studium der Soziologie bessere Antworten auf die Frage erwartet, warum faschistisches Gedankengut einfach nicht aussterben will. Aber auch diejenigen, die eben das Fach nur aus Karrieregründen ausgesucht haben oder schlicht, weil sie in dem Wissensgebiet bisher notentechnisch am besten klar gekommen sind, wissen im Bekanntenkreis auf Nachfrage einiges über den gesellschaftlichen Nutzen des jeweiligen wissenschaftlichen Studiums zu berichten. Wissen zu vertiefen, sich durch ein Studium die Gegenstände zu erklären, halten sie alle für ein wichtiges Mittel, um welche Probleme auch immer zu lösen.

In den Lehrveranstaltungen und den Hausarbeiten wird tatsächlich auch fortgeführt, was in der Oberstufe eingeführt wurde: Ein bloßes „ich finde dies oder jenes blöd“ oder „ich find' die CDU/SPD uncool“ als Beitrag zu irgendeiner Debatte geht nicht mehr durch. Dies wäre ja nur ein subjektiver oder besonderer Standpunkt und hat in der wissenschaftlichen Diskussion ohne weiteres nichts zu suchen. Man muss also begründen, argumentieren usw. In den geisteswissenschaftlichen Fächern darf man allerdings mit der Objektivität auch nicht übertreiben. Neben der Auseinandersetzung mit einzelnen Themen und Theorien ist ein Lehrinhalt immer präsent: Der Anspruch, etwas

herauszufinden, ist richtig; zu glauben, dass das ginge, ist ein Irrtum.

So gut wie alle Bücher von ProfessorInnen und DoktorInnen, immerhin WissenschaftlerInnen, die ca. fünf Jahre Studium hinter sich und dann rund vier Jahre an einem Thema intensiv gearbeitet haben, betonen in der Einleitung und im Schlussteil, dass alles Wissen auf sehr wackeligen Füßen steht: In der Einleitung wird ausführlich dargestellt, dass die Zunft sich in den zentralen Begriffen völlig uneinig ist. Dies ist dann aber meist nicht der Auftakt, die sich widersprechenden Ansätze durchzudiskutieren, die falschen ins Kröpfchen und die richtigen ins Töpfchen zu legen. In der Regel entscheidet man sich einfach für eine Begriffsdefinition. „Ich halte mich an den Ansatz von Soundso, weil mir dieser fruchtbarer erscheint“, ist eine übliche Überleitung in einer wissenschaftlichen Arbeit und wird nicht zurückgewiesen mit dem Vorwurf, dass Wissenschaft keine Frage des Beliebens ist. Im Schlussteil der Arbeit wird betont, dass die erarbeiteten Ergebnisse vorläufiger Natur sind, und prinzipiell ist man aufgefordert, weitere Fragen aufzuwerfen.

Es ist eine Sache, dass einige Gegenstände wirklich schwer zu erklären sind. Weder ist es unnormale, dass man über bestimmte Gegenstände länger als zehn Jahre nachdenken muss, noch ist es unnormale, dass man Hilfe bei anderen WissenschaftlerInnen beantragt, nach dem Motto: „Ich hab’ hier ein Problem, dabei komme ich nicht weiter, jemand anderes vielleicht?“ Man kann auch durchaus bei verschiedenen AutorInnen zugleich gute und mangelhafte Argumente finden. Wenn aber alle Ergebnisse unter Vorbehalt stehen, dann kann man sich zu Recht fragen, was von dem Anliegen, durch ein Studium der Sachen Hilfe zur Lösung von irgendwelchen Problemen zu bekommen, übrig bleibt. Oder banaler gefragt: Was soll das Ganze eigentlich?

Weiter fällt auf, dass dieser Pluralismus von Theorien, die alle prinzipiell unter Vorbehalt stehen, vor allem für die geisteswissenschaftlichen Fächer reserviert ist. Die Lehrbücher der Naturwissenschaften enthalten nicht durchgängig den Hinweis auf die Vorläufigkeit ihrer Ergebnisse. Sicher, auch hier gibt es offene Fragen mit denen sich WissenschaftlerInnen weiter beschäftigen, aber nicht alle Gesetze der Physik werden mit dem Vorwort „alles ganz schön unsicher“ versehen.

ICH WEISS, DASS ICH NICHTS WEISS

In der Wissenschaftstheorie wird die Unmöglichkeit von Wissen noch mal getrennt von den einzelnen Wissenschaften „bewiesen“. Die Philosophie „zeigt“, dass das Denken nicht hinreicht, um sich Sachen zu erklären. Die Linguistik hat „bewiesen“, dass die Sprache eine unvollkommene Sache ist. Wegen der daraus folgenden mangelhaften Kommunikation und des mangelhaften Leseverständnisses könne sich der Mensch keinen objektiven Begriff der besprochenen Gegenstände machen.

Diese „Beweise“ enthalten einen fundamentalen Widerspruch, der die ganzen Überlegungen der Wissenschaftstheorie ad absurdum führt: Sie behaupten zu wissen, dass Wissen nicht geht. Und das halten sie für richtig! Auch an der Linguistik ist derselbe Widerspruch vorhanden: Viele VertreterInnen halten die Sprache für eine reichlich unvollkommene Sache und teilen uns das in Büchern und Reden vom ProfessorInnenpult mit. Auch wenn sich die LinguistInnen in ihren Büchern über die mangelhafte Sprache wechselseitig zitieren, kritisieren und loben, drücken sie in dieser Praxis aus, dass sie davon ausgehen, verstanden zu werden und die anderen verstanden zu haben.

Als Grundsatz an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten gilt: Wissen geht nicht. Wer an der Uni auftritt und sagt, ich habe eine Sache verstanden und kann zeigen, dass die abweichenden Theorien falsch sind, der macht sich bei DozentInnen und MitstudentInnen ordentlich unbeliebt. Der Dogmatismusvorwurf folgt auf den Fuß und man wird von der weiteren Diskussion ausgeschlossen. Von WissenschaftlerInnen wird Bescheidenheit verlangt und nur auf dieser Grundlage darf man sich weiterhin mit Verve um offene Fragen streiten.

MAN SIEHT JA, WOHIN DAS FÜHRT

Die gewünschte Bescheidenheit wird dabei nicht nur wie oben dargestellt in der Abteilung „Erkenntnistheorie“ widersprüchlich begründet, sondern auch mit dem Hinweis auf die angeblichen praktischen Konsequenzen eingefordert: So fehlt selten der Hinweis in der Debatte, dass beispielsweise der Marxismus-Leninismus mit seinem Wahr-

heitsanspruch viele Opfer in seinen realexistierenden Systemen hervorgebracht habe. Linke wie rechte WissenschaftlerInnen versuchen, unter Verweis auf den Realsozialismus zu zeigen, dass der Anspruch, objektives Wissen zu haben, in die Barbarei führe.

Es ist aber eine Sache, über die Wirtschaftsweise in der ehemaligen Sowjetunion, deren Außenpolitik oder den Umgang mit politischen GegnerInnen inhaltlich zu diskutieren. Diese inhaltliche Diskussion (die es ja neben dem Dogmatismusvorwurf auch mal gibt) wird aber mit der obigen Blamagetechnik einfach übergangen. Kritisiert wird so einfach nur abstrakt, dass die RealsozialistInnen glatt von den Sachen, die sie gemacht haben, überzeugt waren.

Die Kritik richtet sich auch nicht gegen den „Dialektischen Materialismus“ (Diamat), mit dem die RealsozialistInnen sich eine Weltanschauung zusammengebastelt haben, die für sie vor jeder wissenschaftlichen Diskussion einzunehmen sei. Dass die Geschichte unaufhaltsam zum Sozialismus bzw. Kommunismus drängen würde – ein Resultat der Anwendung des Diamat auf die Geschichte – stand für sie vor jeder weiteren Diskussion fest. Sie haben ein Vorurteil zur Pflicht jeder weiteren Wissenschaft und gesellschaftlichem Diskussion gemacht, was tatsächlich antiwissenschaftlich ist. Das aber ist nicht gemeint, wenn den ehemaligen und heutigen Resten von MarxistInnen-LeninistInnen der Dogmatismusvorwurf gemacht wird. Dass sie sich überhaupt sicher waren, was für die UdSSR richtig gewesen sei, das ist den bürgerlichen KritikerInnen ein Dorn im Auge. Die bürgerlichen KritikerInnen erklären sich so die Gewalt des Sowjetstaates gegen seine BürgerInnen.

Wenn man aber davon ausgehen würde, dass objektives Wissen über den Diskussionsgegenstand die notwendige Voraussetzung für vernünftiges Handeln sei, dann folgte aus dieser Überzeugung gerade kein gewaltsames Vorgehen gegen jene, die über den Gegenstand anders denken. Denn wenn es um das richtige Argument ginge, stünde eine inhaltliche Auseinandersetzung mit abweichenden Urteilen an, nicht ihre gewaltsame Unterdrückung. Mit Gewalt widerlegt man kein Argument.

DIE POSTMODERNE: SKEPTIZISMUS ALS AUFKLÄRUNG

Zu bestreiten, dass Wissen überhaupt möglich sei, ist eigentümlicherweise gerade in kritischen Wissenschaftskreisen beliebt. Die *cultural studies* haben gegen die Versuche in der Biologie oder Medizin, mittels spekulativer Analogieschlüsse allerlei soziales Verhalten in der Natur des Menschen zu begründen, einiges einzuwenden. Die mittlerweile wieder salonfähige Idee, Intelligenz habe was mit Rassen zu tun, die angeblich heutzutage mittels Wissens über Gene wissenschaftlich sauber bestimmt werden könnten, halten die KritikerInnen zu Recht für eine Ideologie. Ihr Angriff auf die Biologisierung von Sozialem bleibt aber nicht dabei stehen, den mit Vorurteilen gespickten Aufbau der Experimente oder ihre weitreichenden fehlerhaften Schlüsse aus dem dürftigen Wissen über Gene zu kritisieren. Ihr „Angriff“ auf das falsche Bewusstsein nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern auf das in der Gesellschaft überhaupt, ist viel fundamentaler. An den Vorurteilen kritisieren sie nicht die falschen Urteile, sondern behaupten glatt, das Urteilen selber, sich über irgendeine Sache sicher zu sein, sei das zentrale Problem. Es wird „dekonstruiert“, was das Zeug hält. Keine Vorstellung hat Bestand, kein Faktum kann als gegeben unterstellt werden. Den Skeptizismus, das prinzipielle Zweifeln an allem, halten sie für ein wissenschaftlich aufklärerisches Programm.¹

Dagegen ist für diejenigen, die tatsächlich noch was ändern wollen, festzuhalten: Handeln, das nicht auf Wissen beruht, führt bestenfalls zu nichts. Wenn eine größere Brücke gebaut werden soll und kein Wissen von den Gesetzen der Statik vorhanden ist, dann setzen sich die Naturgesetze gegen die BrückenbauerInnen durch – die Brücke bricht zusammen. Gleiches gilt für politisches Handeln. Wer keinen Begriff von RechtsextremistInnen hat, die Gedanken von FaschistInnen gründlich analysiert hat und deswegen um deren gesellschaftliche Grundlagen weiß, wird höchstens Symptome bekämpfen, aber eben

¹ Diese linke Wissenschaftsgeschichte ist ihren Verfechtern durchaus bekannt: Hartmut Winkler referiert in seinem Buch über Diskursökonomie sehr gut die Ausgangsfrage und den Weg der *cultural studies*: 1. Sich wundern, warum das Volk nicht für linke Ideen offen ist. 2. Meinen, dass es an den verfestigten Grundvorstellungen liegt, die den Menschen natürlich erscheinen. 3. Dagegen dann Wissenschafts- und Sprachtheorie betreiben, die zeigen soll, dass jedes Zeichen historischer Natur ist. Fa.M. 2004, S. 210.

keinen Beitrag dazu leisten, den Scheiß aufzuhalten. Und wer gleich meint, dass man politisches Handeln sein lassen sollte von wegen alles ungewiss, der wird weiterhin zugucken müssen, wie Staat und Kapital ihre Zwecke durchsetzen.

BÜRGERLICHE WISSENSCHAFT – BEScheiden UND ENTSCHEIDEN FÜR DIE HERRSCHAFT

Bei all dem Infragestellen ihrer Ergebnisse schreiben sich die GeisteswissenschaftlerInnen in der Regel trotzdem zu, dass sie „näher an der Wahrheit dran sind“ als alle anderen, die sich nicht so intensiv mit ihren Gegenständen beschäftigen. Trotzdem machen die gesellschaftlichen Regeln andere, die PolitikerInnen. Da fällt schon auf, dass diese Gruppe Menschen gar nicht damit zögert, praktische Konsequenzen aus ihren Überlegungen zu ziehen.

Offenbar gelten für Wissenschaft und Politik zwei unterschiedliche Maßstäbe: Die einen suchen die Wahrheit, ohne sich anzumaßen, Ergebnisse als richtig anzuerkennen und damit Konsequenzen einzufordern. Die anderen handeln und ziehen Konsequenzen, ohne die Wahrheit wissen zu müssen. Wenn ein Kanzler seine Einschätzung der Lage und die daraus folgenden politischen Konsequenzen mit einem „ich meine“ einleitet, hat die Meinung auch eine ganz andere Bedeutung. Da gibt jemand, mit exekutiven Vollmachten ausgestattet, allen anderen die neue Linie vor, entlang derer sie ihre Einwände und Wünsche vortragen müssen, wenn sie noch irgendwie berücksichtigt werden wollen – von Bescheidenheit also keine Spur.

Indem man in den Geisteswissenschaften die Praxis des Relativismus pflegt, bejaht man dieses Verhältnis. Für die meisten WissenschaftlerInnen ist dieses Verhältnis auch schlicht der Grund ihres Relativismus. Sie sind bescheiden, weil sie diese Arbeitsteilung der demokratischen Herrschaft gut finden. Die WissenschaftlerInnen schreiben weiter ihre Kritiken und konstruktiven Vorschläge im so genannten Elfenbeinturm getrennt von der Politik oder auf Einladung der Politik in ExpertInnenkommissionen. Die Politik sucht sich dann die wissenschaftlichen „Ergebnisse“ heraus, von denen sie glaubt, dass sie den Standort voranbringen. Und so produzieren die Demokratien ihre

armen Leute und Kriege, aber das ist ja verzeihlich - schließlich kann auch ein Politiker nicht alles wissen...

IN EIGENER SACHE

Jimmy Boyle hat die Wahrheit leider auch nicht gepachtet. Aber das, was in diesem oder anderen Flugblättern zu Uni, Sozialstaat, Lohnarbeit, Krieg usw. steht, halten wir durchaus für richtig. Zumindest hat uns bislang noch keiner einsichtige Gegenargumente vorgelegt. Wenn wir also bei einem Thema auf dem Holzweg sein sollten, hoffen wir natürlich immer darauf, dass irgendjemand uns von ihm abbringt, indem er uns kritisiert. Ansonsten bleiben wir natürlich so unbescheiden und vertreten unsere Positionen und Argumente in der Hoffnung, dass andere auch keine Lust auf Demut, sondern Interesse an der Erklärung und Abschaffung von Armut und sonstigem Elend haben.

Mehr über:

- Kapital und Lohnarbeit
- Staat und Nation
- Sexismus
- Rassismus und Antisemitismus
- Faschismus
- Krieg und Frieden
- EU und Europäischer Nationalismus
- Kritik der Linken
- Realsozialismus
- Schule und Bildung
- Drogen und Drogenpolitik
- Internet
- Religion

unter www.junge-linke.de

junge
linke

Postfach 910429
30424 Hannover

gegen
Kapital
und Nation



info@junge-linke.de
www.junge-linke.de

Vi.S.d.P.
Sue Suki
Karl-Marx-Str. 50
10178 Berlin